

Zeitschrift: Historischer Kalender, oder, Der hinkende Bot

Band: 253 (1980)

Rubrik: Weltchronik

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 07.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Weltchronik

vom 1. Juni 1978 bis 15. Mai 1979

Es ist immer etwas problematisch, am Ende einer mehr oder weniger willkürlich bestimmten Berichtsperiode zu entscheiden, welche in diesen Zeitabschnitt fallenden Ereignisse und Entwicklungen wirklich «wichtig» seien. Die zeitgenössische Würdigung ist nicht immer mit dem Urteil in Übereinstimmung, welches in einem späteren Zeitpunkt dann in besserer Kenntnis der weiteren Entwicklung der Dinge und der fernabliegenden Folgen des Geschehens gefällt werden kann. Ohne den Vorteil der zeitlichen Distanz lässt sich aber jeweilen doch bei einer Anzahl von Themenkreisen schon unverweilt die bestimmte Aussage machen, es handle sich um solche von gröserer Bedeutung. Im Zeitraum, auf welchen sich diese Chronik bezieht, scheinen es insgesamt vier Themen zu sein, die gewissermassen mit der Auszeichnung von drei Sternen zu versehen sind.

* * *

Welches sind diese Hauptthemen der Berichtsperiode? Man darf wohl behaupten, dass das wichtigste dieser Jahresereignisse zweifellos die ziemlich unerwartete und dramatische Entwicklung in Persien gewesen sei. Iran hat eine «echte» Revolution im Sinne einer allgemeinen Volkserhebung gegen die etablierte Staatsmacht durchgemacht. Diese Revolution ist noch nicht abgeschlossen und lässt noch nicht alle Konsequenzen erkennen, die sie haben wird. Sicher ist, dass durch diese Volkserhebung nicht nur das nationale Leben in Persien, sondern auch die strategische Lage im ganzen Mittleren Osten entscheidend verändert worden ist. Darüber hinaus hat das zeitweilige Chaos in Iran mit der vorübergehenden Einstellung von Ölförderung und Ölexporten ein gretles Schlaglicht auf die permanente Unsicherheit und Exponiertheit der Erdölversorgung der westlichen Industriestaaten (und Japans) geworfen.

Dass der Ausfall von nur rund 5–10% der Weltversorgung mit Erdöl die Spirale der Preise auf dem Weltmarkt so drastisch in Bewegung zu

setzen vermag, ist eine wahrhaft aufrüttelnde Erfahrung, die die Welt machen musste. Die durch die Ereignisse in Persien ausgelöste Preishausse auf Erdölprodukten bleibt nicht ohne Einfluss auf die allgemeine Wirtschaftslage. Am härtesten betroffen worden sind einmal mehr die ärmeren Entwicklungsländer, die über keine eigenen Ölquellen verfügen. In den Industriestaaten hat die Verknappung und Verteuerung des Öls dazu geführt, dass die Anstrengungen zum Ersatz des Erdöls durch andere Energieträger aktueller geworden sind denn je. Vor allem werden jetzt ernsthafter als bisher von den Regierungen Sparmassnahmen jeder Art geplant und nach und nach auch durchgesetzt. Vielfach muss aber dennoch wegen der stark erhöhten Ölpreise heute für geringere Importmengen mehr bezahlt werden als für vormals grössere Importe mit damals niedrigeren Fasspreisen! Mit zunehmender Knappheit des Erdöls zeigen die Preise eine stets-fort steigende Tendenz.

Die Irankrise hat im Grunde genommen nur in Zeitraffung vordemonstriert, was ohnehin zu erwarten ist; auch wenn die Ölpreise sich vorübergehend wieder etwas zurückbilden, so sind doch weltweit die Zeiten endgültig vorbei, da mit billiger Energie gerechnet werden kann. Immer mehr ist übrigens das Erdöl inzwischen auch als eine ausserordentlich wirksame Waffe entdeckt worden, die die «glücklichen Besitzenden» immer rücksichtsloser und wirkungsvoller zur Durchsetzung ihrer politischen Forderungen behändigen können. Das Erpressungsziel beschränkt sich keineswegs auf wirtschaftliche Vorteile, sondern es wird um Machteinflüsse gerungen! Anfangs 1979 hat der Ölminister von Saudi-Arabien, Scheich Jamani, anlässlich eines Auftritts vor dem französischen Fernsehen den Satz geprägt: «Wenn man gegen die Ölkrise nichts unternimmt, werden sich die Menschen bald für die letzten Fässer Öl gegenseitig die Köpfe blutig schlagen.» Es ist somit eine von der heutigen Weltordnung nicht beherrschte Entwicklung von ökonomisch-politischen Sachzwängen, die ein steigendes Risiko kriegerischer Verwicklungen so bedrohlich am Horizont auftauchen lässt!

* * *

Das zweite hervorstechende Thema in der Berichtsperiode ist einmal mehr der Konflikt im Nahen Osten. Dieser dauert weiterhin an; es ist nicht gelungen, einen allgemeinen Frieden zwischen Israel und den arabischen Staaten herzuführen. Die hartnäckigen Bemühungen des amerikanischen Präsidenten haben aber wenigstens einen Friedensvertrag zwischen Ägypten und Israel zustande gebracht. Ob dieser separate Frieden zu mehr als nur einem leidlichen Zusammenleben führt, muss vorerst noch offenbleiben. Auch sind einige heiße Fragen späteren Aushandlungen zwischen den beiden Vertragspartnern vorbehalten geblieben. Der Friedensvertrag sieht eine sich über drei Jahre hinziehende Räumung der Halbinsel Sinai durch Israel und eine zahlenmässige Beschränkung der Truppenstärke in drei verschiedenen Zonen vor, die zu verschiedenen Zeitpunkten an Ägypten übergehen sollen. Israel hat sich seinerseits im anstossenden Grenzbereich auf eine reduzierte Militärpräsenz verpflichtet. Für das Gebiet westlich des Jordan (Cisjordanien) und für den Gaza-Streifen ist eine arabische Selbstverwaltung vorgesehen.

Nach dem erfolgreichen Vertragsabschluss beschlossen die anderen arabischen Staaten prompt und mit überraschender Einmütigkeit, den Kampf gegen Israel und die Unterstützung der militanten Palästinenser fortzusetzen. Sie gingen noch einen Schritt weiter und beschlossen auch einen Boykott Ägyptens sowie dessen Ausschluss aus der Arabischen Liga. Sadat sieht sich in der arabischen Staatenwelt als Abtrünniger, ja sogar als «Verräter» verschrien und isoliert.

Ägypten geht der bedeutenden finanziellen Zuwendungen Saudi-Arabiens sowie der Öllieferungen aus den arabischen Ländern verlustig. Aber Sadats Führerstellung in Ägypten ist durch seinen mutigen Friedensschluss nicht geschwächt worden. Ägypten, auf welchem als Frontstaat in der Auseinandersetzung mit Israel ein grosser Teil der effektiven Kriegslasten gelegen hatte, war schon längere Zeit des ewigen Krieges müde geworden. Eine Sanierung der überstrapazierten Finanzen und der misslichen Wirtschaftslage ist nun dank dem Frieden mit Israel für Ägypten aussichtsreicher. Zudem haben sich die USA verpflichtet, mit einem Milliardenbetrag in die Lücke zu springen, die durch den arabischen Boykott und die Einstellung der saudischen Zahlungen entstanden ist. Israel erhält seinerseits von den USA beträchtliche Kompensationszahlungen für die in Sinai aufgegebenen Flugplätze. Auf der anderen Seite haben die Palästinenser – namentlich die PLO – damit gedroht, neuerdings mit

den Mitteln des Terrors den Kampf um eine «Befreiung» von Palästina aufzunehmen. Einige tollkühne Überfälle von Guerilla-Kommandos im Innern von Israel und eine Reihe von Anschlägen in verschiedenen europäischen Städten sind im Frühjahr 1979 das Zeugnis der neuen Welle von Gewaltakten.

Ein drittes Thema von erstrangiger Bedeutung stellt die in der Berichtsperiode eingeleitete wirtschaftliche Öffnung der Volksrepublik China gegenüber der Aussenwelt dar. Die von den Nachfolgern Maos eingenommene Haltung soll schliesslich zu einer Einführung Chinas in die



Hans Hürlimann
Bundespräsident für das Jahr 1979
Photopress-Bilderdienst, Zürich

Weltwirtschaft führen. Dank der Durchbrechung der bisherigen Isolierung soll China befähigt werden, seinen noch enormen technologischen Rückstand mit Unterstützung der westlichen Industriestaaten im Verlaufe von zwei Jahrzehnten aufzuholen. Ohne eine entschiedene Abkehr von der bisherigen Politik der Abkapselung und vom Prinzip der Selbstgenügsamkeit hätte China kaum Aussichten, sich noch in diesem Jahrhundert über das Niveau einer kärglichen Selbstversorgung emporzuheben. Unklar ist freilich das Tempo, mit welchem die «vier Modernisierungen» verwirklicht werden sollen und können. Das Tempo wird dadurch verlangsamt, dass das Führungsteam in Peking eine übermässige Verschuldung des Landes verhindern und eine Finanzierung der Entwicklungspläne wenn immer möglich durch steigende Erträge aus einem wachsenden Außenhandel sicherstellen möchte. Nach der ersten Überschwänglichkeit hinsichtlich der Zukunftsaussichten der neuen Wirtschafts- und Handelspolitik ist man in Peking nunmehr zu einer realistischeren Beurteilung der Möglichkeiten zurückgekehrt. Für das Gelingen der sehr langfristig gedachten Pläne kann nur heilsam sein, dass jede Masslosigkeit und die Verfolgung von Prestigeprojekten vermieden wird!

* * *

Wie sich von selbst versteht, stand auch im vergangenen Jahr das Dauerthema der Konfrontation zwischen Ost und West neuerdings vor den Augen der Welt. Es waren einige neue Schachzüge und neue Entwicklungen zu beobachten, ohne dass aber fundamentale Änderungen zu signalisieren wären. Immer noch liegt das «Gesetz des Handelns» in den Händen der Sowjetunion! Einmal mehr vermochte sie bedeutsame Positionsverbesserungen zu erzielen. Auch sind einige bereits gewonnene Stellungen verstärkt worden. Von grösserer Bedeutung ist es, dass Afghanistan durch einen Putsch in Kabul in den Machtbereich der UdSSR gefallen ist. Ob die Revolution in Iran für die Sowjetunion wirklich einen dauernden Gewinn darstellt, ist gegenwärtig noch fraglich. Hingegen ist mit Vietnam

eine engere Bindung erzielt worden. In der sowjetischen Strategie gegen China ist Vietnam praktisch zu einem sehr aktiven «Junior-Partner» Moskaus geworden. Laos ist von Vietnam längst beherrscht, während zu Jahresbeginn in einem raschen Vorstoß auch Kambodscha der vietnamesischen Botmässigkeit unterworfen worden ist. Diese völkerrechtliche Aggression führte direkt zu dem in mehreren Beziehungen eher merkwürdigen «Bestrafungskrieg» Chinas gegen dessen ehemaligen Bundesgenossen. Es ist zum erstenmal zu Kriegshandlungen zwischen kommunistischen Staaten gekommen, wie sie eigentlich nach der marxistischen Theorie gar nicht denkbar und möglich wären! Chinas militärische Aktion gegen Vietnam war von vorneherein beschränkt; sie sollte offenbar nicht zu einer operativen Entscheidung führen, sondern bloss zu einer eindrücklichen politischen Demonstration des chinesischen Missvergnügens an der Haltung Vietnams.

In Europa ist der Versuch einer noch stärkeren Koordinierung der Satellitenstaaten mit dem machtpolitischen Konzept der Sowjetunion zu vermerken. An einer Konferenz des Warschauer Pakts in Moskau wurde im November eine allgemeine Erhöhung der Militärausgaben der Paktstaaten beschlossen. Als einziger Mitgliedstaat des Warschauer Pakts widersetzte sich Rumänien dieser Resolution. Daraus, sowie aus dem Umstand, dass der chinesische Regierungschef Hua Mitte August (ausser in Belgrad) auch in Bukarest einen Besuch abstattete, erhellen fortgesetzte Spannungen zwischen der UdSSR und diesem für sie in aussenpolitischer Beziehung wenig zuverlässigen Satelliten. Zu zweien Malen hat der sowjetische Parteichef Leonid Breschnew in der Berichtsperiode Bulgarien besucht, das im gleichen Mass, wie sich die Meinungsverschiedenheiten mit Rumänien akzentuierten und mit Jugoslawien keine entscheidende Aussöhnung zustande kommt, näher an die Sowjetunion heranrückt. Zwischen Odessa und Varna in Bulgarien ist eine mit leistungsfähigen, modernen Fährschiffen ausgestattete Direktverbindung aufgenommen worden. Dieser Fährverkehr über das Schwarze Meer macht den Transit von Gütern und Truppen auf dem Bahnweg durch Ru-

mänen hindurch überflüssig. Gerüchtweise verlautete, dass die engen Beziehungen zwischen der UdSSR und Bulgarien auf einen staatspolitischen Anschluss dieses Balkanstaats an die UdSSR hintenderten. Das ist zwar von zuständiger Stelle kategorisch dementiert worden; sicher ist jedoch, dass Bulgarien dank seiner geopolitischen Lage als Eckstein der Staatenwelt des Balkan für die Sowjetunion von grösster strategischer Bedeutung ist.

Nicht ganz ein Zufall dürfte sein, dass in diesem Jahr von Bulgarien wieder einmal die «Mazedonienfrage» hochgespielt worden ist. Von alters her verneint Bulgarien die Existenz eines eigenständigen mazedonischen Volkskörpers; und es lehnt auch die Einverleibung Mazedoniens in den jugoslawischen Vielvölkerstaat (früher in Serbien) ab. Bulgarien machte von jeher eigene Ansprüche auf das Gebiet bis an den Ochridasee geltend. Dass dieser hochbrisante historische Streit wiederbelebt wird, ist ein alarmierendes Zeichen. Ohne zum mindesten stillschweigende, sehr wahrscheinlich aber wohlwollende Duldung durch Moskau würde sich jedenfalls das allezeit linientreue Bulgarien nicht auf dieses Feld hin auswagen!

In Jugoslawien ist zwar die Nachfolge Titos durch eine Kollektivführung mit rotierendem Präsidium de jure vorbereitet; aber die Versuche des greisen Präsidenten, nunmehr doch noch vor seinem Tod ein besseres Verhältnis Jugoslawiens zur Sowjetunion herbeizuführen, ohne dem Kommunismus Moskauer Prägung innenpolitische Konzessionen machen zu müssen, zeigen deutlich, dass man sich in Belgrad der unabsehbar bevorstehenden Standprobe vollauf bewusst ist. Man möchte sich noch rechtzeitig von jener Seite, von welcher die entscheidende Gefahr droht, eine Versicherung verschaffen.

Im Verhältnis zwischen Ost und West ist nach wie vor der Aufbau einer immer grösseren Militärmacht in Osteuropa belastend. Zum Übergewicht des Ostens hinsichtlich der Truppenzahl und der konventionellen Rüstung gesellt sich immer mehr ein bemerkenswertes Aufholen des Ostens auch in der elektronischen und in der nuklearen Richtung. Dadurch wird das Bedrohungsbild entsprechend verändert und die Nato



Die Vereinigten Staaten und die Volksrepublik China

nehmen diplomatische Beziehungen auf

Der amerikanische Vizepräsident Walter Mondale (rechts) mit dem chinesischen Vizepremier Choi Tse Ming.

Photopress-Bilderdienst, Zürich

ihrerseits zu Gegenmassnahmen auf dem Rüstungsgebiet getrieben. Beide Seiten hätten eigentlich ein Interesse an einer Rüstungsbegrenzung oder einer gleichmässig betriebenen Abrüstung. Aber die diesbezüglich fortgesetzten Gespräche zwischen Ost und West haben sich über das ganze Jahr ergebnislos hingezogen. Der Warschauer Pakt hat im Mai anlässlich einer Sitzung in Budapest neue Vorschläge an die Adresse der Nato gemacht, die aber im Westen wegen der inzwischen erfolgten neuen Rüstungsanstrengungen der Sowjetunion mit grösster Skepsis quittiert werden. Die Crux bildet die Entwicklung auf dem Gebiet der Mittelstreckenraketen, welche das Potential der Zerstörungswirkung auf beiden Seiten um eine weitere Drehung nach oben zu bringen drohen. Die Verhandlungen über SALT II gingen zwar harzig voran, konnten aber schliesslich erfolgreich abgeschlossen werden. Das Abkommen ist indessen beim amerikanischen Kongress auf harten



Friedensabkommen Israel-Ägypten unterzeichnet

Dank der einsatzvollen Vermittlertätigkeit des amerikanischen Präsidenten Jimmy Carter (rechts) gelang es, das Friedensabkommen zwischen den seit dreissig Jahren verfeindeten Ländern zustande zu bringen; links Israels Ministerpräsident Menahem Begin, mit dem Rücken zum Photograph Präsident Anwar as Sadat aus Ägypten.

Photopress-Bilderdienst, Zürich

Widerstand gestossen, weil viele amerikanische Parlamentarier eine einseitige Begünstigung des Ostblocks befürchten, da die Einhaltung der Verpflichtungen der Sowjetunion nicht narrenischer überwacht werden könne.

* * *

Am 6. August wurde aus dem Vatikan der Tod von Papst Paul VI. gemeldet. Er war 81 Jahre alt und hat während 15 Jahren die Tiara getragen. Er sollte der letzte Papst sein, der eine Krönung mit der dreifachen Papstkrone erlebt hat; denn sein am 26. August vom Konklave gewählter Nachfolger Albino Luciani, der den Namen Johannes Paul I. annahm, verzichtete auf das Krönungsritual. Diesem Papst war nur eine äusserst kurze Zeitspanne als Oberhirte der katholischen Kirche gegönnt. Nach nur 33 Tagen wurde die

Welt durch die Nachricht vom plötzlichen Hinschied des neuen Papstes überrascht. Johannes Paul I. ist im Bett an einem Herzversagen verstorben. Mit seinem freundlichen Gesicht bleibt er als der «lächelnde Papst» in der Erinnerung haften. Ein neues Konklave musste einberufen werden, das am 16. Oktober einen Nachfolger wählte. Als verkündet wurde, dass der Erzbischof von Krakau, Karol Wojtyla – also ein polnischer Kardinal – zum nächsten Papst erkoren worden sei, stellte diese Ankündigung für die ganze Welt eine Sensation ersten Ranges dar: Zum erstenmal seit dem Jahr 1523, als ein Holländer unter dem Namen Hadrian VI. zum höchsten Kirchenfürsten gewählt worden war, ist damit wieder einmal ein Nicht-Italiener Papst geworden!

Der neue Papst machte eine Geste der Kontinuität und der Ehrung seiner Vorgänger, indem er den Namen Johannes Paul II. annahm. Der neue Papst ist erst 58jährig, so dass eine lange Amtszeit in Aussicht steht. Wie Paul VI., scheint Johannes Paul II. grosses Gewicht darauf zu legen, ausgedehnte Reisen zu den Gläubigen zu unternehmen. In seinem ersten Papstjahr ist er bereits nach Mexiko und nach Polen gereist. Während er in seinem Heimatland vorsichtig auftreten musste, benützte der neue Papst seine Präsenz in Südamerika, um das Prinzip der seelsorgerischen Aufgabe der Priester zu bekräftigen und ein aktives Engagement von Priestern in politischen Bewegungen, die sich einen gewaltigen Umsturz zum Ziel gesetzt haben, als mit dem Sakrament nicht vereinbar zu bezeichnen.

Damit hat Johannes Paul II. zum Ausdruck gebracht, dass die christliche Glaubenslehre nur gesellschaftliche Veränderungen, die auf gewaltlose Weise zustande kommen, billigt. Priester sollen deshalb zwar auf eine gerechtere Ordnung und soziale Reformen hinwirken, sich aber nicht an Bewegungen und Aktionen beteiligen, die auf einen gewaltsamen Umsturz abzielen.

* * *

Die arabischen Länder der näheren Nachbarschaft Persiens sind zwar vom politischen Welschlag der iranischen Revolution nicht direkt berührt worden; aber in vielen Staaten ist eine starke Verunsicherung festzustellen, nicht zuletzt weil die Vereinigten Staaten im kritischen Augenblick den Schah haben fallenlassen! Die amerikanische Regierung sah sich veranlasst, namentlich gegenüber Saudi-Arabien einige vertrauenstärkende Gesten zu machen, die aber ihr Ziel nur sehr teilweise erreicht haben. Wegen der Rolle, welche die USA beim Zustandekommen des Friedensvertrages zwischen Israel und Ägypten gespielt haben, sind die Beziehungen mancher arabischer Staaten zu Amerika in ein kritisches Stadium eingetreten. Syrien und Irak haben ihre langjährigen Differenzen begraben und wollen es nun mit einer engeren Kooperation versuchen, um in der Region mehr Gewicht zu erlangen.

In Libanon hat im Berichtsjahr der Prozess des Zerfalls des Staates neuerdings Fortschritte gemacht. Syrien hält den grösseren Teil des Territoriums unter Bezug einer panarabischen Streitmacht besetzt, während im Süden eine von der UNO eingesetzte, aus einer grösseren Zahl nationaler Kontingente be-

stehende Friedenstruppe (Unfil) für eine Trennung der Palästinenser und Christen sorgt. In Beirut ist es wiederholt zu neuen Scharmützeln zwischen Christen und Arabern gekommen. Der südlichste Teil des Libanon hat sich pro forma unabhängig erklärt, ohne dass die Zentralregierung dagegen etwas hätte unternehmen können. Nichts scheint mehr dem Zerfall des Libanon Einhalt gebieten zu können.

* * *

In Europa haben im vergangenen Jahr eine Anzahl von Wahlen und Abstimmungen stattgefunden, die aber – mit wenigen Ausnahmen – im grossen ganzen die politischen Kräfteverhältnisse bestätigt haben. Es ist in vielen Staaten Europas ein Abflauen der Tendenz nach links festzustellen; dies sogar in Finnland, das sich im direkten Einflussbereich der Sowjetunion befindet und sich deshalb auch in innenpolitischen Manifestationen grosser Zurückhaltung zu befleissen hat. In Spanien ist die Rückkehr zu einem demokratischen Rechtsstaat nach dem Fahrplan der Regierung Suarez vorangeschritten. Am 6. Dezember haben sich die Stimmbürger Spa-



Schwere Schneestürme in Norddeutschland

Zum Jahresbeginn 1979 kam es zweimal wegen meterhohem Schnee auf Autobahnen und Strassen zur Blockierung von Hunderten von Autos. Betroffen war vor allem das Bundesland Schleswig-Holstein.
Photopress-Bilderdienst, Zürich



Premierministerin Margaret Thatcher

Seit Anfang Mai 1979 hat England als erster westeuropäischer Staat eine Regierungschefin.
Photopress-Bilderdienst, Zürich

niens mit einem überwältigenden Mehr (88% der abgegebenen Stimmen) zugunsten einer neuen demokratischen Verfassung im Rahmen einer konstitutionellen Monarchie ausgesprochen. Die ersten Parlamentswahlen seit der Zeit vor dem spanischen Bürgerkrieg gingen im wesentlichen reibungslos über die Bühne; die Linksparteien haben loyal und diszipliniert mitgewirkt. Allerdings sind in Teilen Spaniens wiederum sporadisch politische Attentate begangen worden, die vor allem auf das Konto der baskischen ETA gebucht werden müssen. Diese militante Bewegung will sich mit der in Aussicht stehenden Form einer regionalen Autonomie des Baskenlandes nicht zufriedengeben. Im Gegensatz dazu ist in Katalonien die secessionistische Bewegung angesichts der von Madrid gewährten Konzes-

sionen hinsichtlich einer regionalen Autonomie sichtlich abgeflaut.

Grossbritannien hat einen an sozialen Spannungen reichen Winter durchgemacht. Ausgedehnte Streiks führten stellenweise zu einem Chaos. Die Labour-Regierung unter Callaghan und viele Firmen sahen sich gezwungen, grosse Lohnkonzessionen zuzugestehen. Dadurch hat die restriktive Einkommenspolitik, wie sie auf Grund einer Abmachung mit den britischen Gewerkschaften galt, Schiffbruch erlitten. Die Inflation erhielt neuen Auftrieb, die Wirtschaft einen weiteren Dämpfer. Diese Niederlage der Labour-Regierung, zusammen mit dem immer fühlbarer werdenden Niedergang des Lebensstandards, hat eine Desillusionierung weiter Bevölkerungskreise bewirkt. Die wirtschaftliche Situation wäre noch viel schlimmer, wenn nicht die Öl- und Erdgasförderung in der Nordsee die britische Zahlungsbilanz stark entlasten würde. Die Regierung Callaghan wurde im Frühjahr im Parlament mit einem Zufallsmehr von 311 gegen 310 Stimmen gestürzt, worauf Neuwahlen ausgeschrieben werden mussten. Aus den Urnen stieg, wie erwartet, ein deutlicher Sieg der Konservativen. Die Königin ernannte Mrs. Margaret Thatcher zur Ministerpräsidentin. Mit Mrs. Thatcher ist zum erstenmal in einem europäischen Land eine Frau Regierungschef geworden! Die neue Regierung macht einen grossangelegten allgemeinen Sanierungsversuch der wirtschaftlichen Verhältnisse. Die Staatsausgaben sollen vermindert werden.

In Nordirland ist eine vollständige Befriedung immer noch nicht gelungen; die Wirren in Ulster haben aber im vergangenen Jahr weniger Opfer gefordert als in den Vorjahren. Britische Truppen müssen nach wie vor die Ordnung aufrechterhalten.

Am 31. März hat Grossbritannien seine letzten Stationierungstruppen von der Mittelmeerinsel Malta abgezogen. Die dort unterhaltenen Stützpunkte von Flotte und Luftwaffe wurden aufgelöst. Der Abzug aus Malta entspricht einem Abkommen, das nach dem Erreichen der Unabhängigkeit Maltas den Briten noch während einiger Jahren die Benutzung von Basen auf der Insel gegen Miet- und Pachtzahlungen gestattete. Ob-

wohl es an sich Interessenten für Stützpunkte auf der Insel anderswo gäbe, will Malta darauf verzichten, fremde Armeen zu beherbergen. Der Ausfall an Einnahmen soll vor allem durch eine Intensivierung des Tourismus wettgemacht werden.

* * *

Auch in Übersee hat es einige Mutationen gegeben, die es verdienen, besonders erwähnt zu werden. Im November trat in *Japan* Ministerpräsident Fukuda zugunsten von Masayoshi Ohira zurück. Dieser Wechsel erfolgte, weil Fukuda in der eigenen Partei seinen Rückhalt verloren hatte. Von grösserer Bedeutung waren Ereignisse dieser Art in *Uganda* und in *Kanada*. Der langjährige Gewaltherrscher von *Uganda*, Idi Amin, auf dessen Konto nicht nur eine chaotische Misswirtschaft sondern auch eine sehr grosse Zahl von Gewaltakten geht – man spricht von weit über 100000 Opfern während seiner Herrschaft –, hat sich übermütig auf einen Krieg mit dem Nachbarland *Tansania* eingelassen. Nach einer gewaltsamen Aneignung von tansanischem Territorium wurden Amims Truppen schliesslich in einer Gegenoffensive über die Grenze zurückgetrieben und geschlagen. Die Hauptstadt Kampala wurde besetzt und eine neue Regierung eingesetzt. In peripheren Gebieten ziehen sich die Kampfhandlungen noch hin. Idi Amin hat sich der Gefangennahme entzogen, indem er sich nach *Libyen* absetzte. In *Kanada* kam es im Mai zu Neuwahlen. Deren Ergebnis war eine Niederlage der von Ministerpräsident Trudeau repräsentierten liberalen Partei. An Stelle Trudeaus wurde ein verhältnismässig unbekannter Politiker, Joe Clark, neuer Ministerpräsident. Dieser Wechsel ist mehr als nur ein Personen- oder Parteienwechsel. Man nimmt allgemein an, dass die Ausbootung Trudeaus, der französischer Muttersprache ist, die separatistischen Tendenzen in der Provinz Quebec stärkt, d.h. also den prekär gewordenen Zusammenhalt des Landes als politische Einheit weiter schwächt. Die Stellung des neuen Ministerpräsidenten ist zudem schwächer als diejenige seines Vorgängers, weil Clark sich nicht auf eine kompakte Mehrheit im Parlament abstützen kann.

* * *



Nobelpreis für einen Schweizer

Dem Basler Professor Dr. Werner Arber wird von König Carl Gustaf von Schweden zum Medizin-Nobelpreis für 1978 gratuliert.

Photopress-Bilderdienst, Zürich

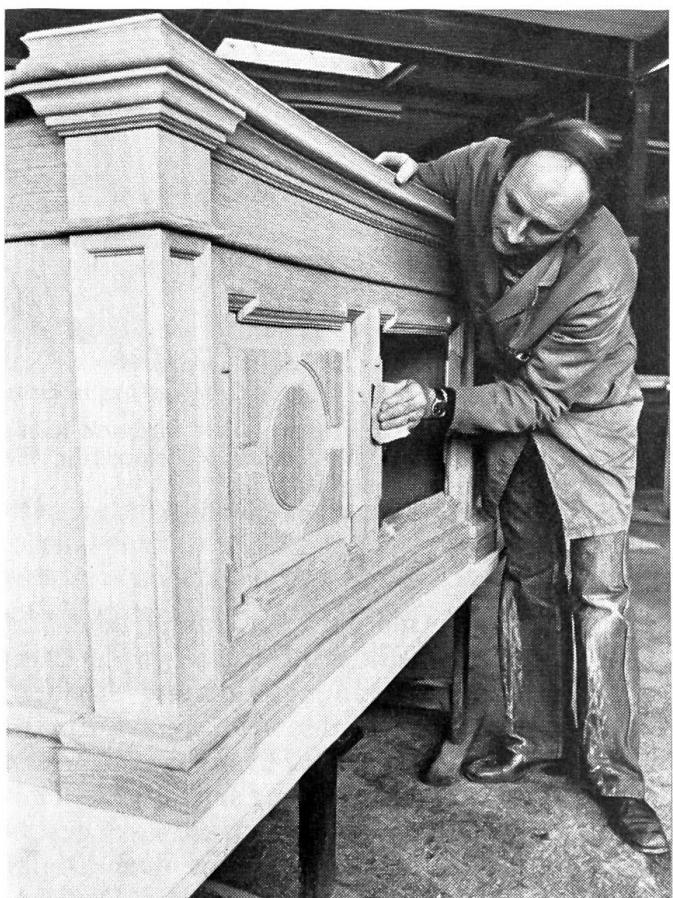
Ein Blick auf Amerika zeigt, dass in den *USA* vor allem wirtschaftliche Probleme im Zentrum der Aufmerksamkeit der Regierung standen. Carter musste zwischen den Mühlsteinen von Inflation und Arbeitslosigkeit lavieren. Die hohen Defizite in der Zahlungsbilanz sind zu einem guten Teil auf die Belastung durch die stark gestiegenen Ölimporte zurückzuführen. Der Dollar war zeitweise auf den ausländischen Devisenmärkten wieder unter starkem Druck und erlebte ein Rekordtief bei Fr. 1.47. Die Gegenmassnahmen waren zuerst nur zögernd und nicht massiv genug, um das Vertrauen in die amerikanische Leitwährung zurückzubringen. Erst als der inter-

nationale Vertrauensschwund zu einer Katastrophe zu führen drohte, griff Carter schliesslich im Oktober im Konzert mit anderen Währungsbehörden zu überzeugenden Massnahmen. Hierauf stieg der Dollar in wenigen Tagen wieder auf Fr. 1.60 an, um dann später allmählich ein Niveau von Fr. 1.70 bis 1.74 zu erreichen. Der Dollar gilt bei diesem Stand als kaufkraftmässig unterbewertet; er dürfte aber weitere Barrieren erst durchstossen, wenn Wirtschaftslage und Wirtschaftspolitik in den USA einen auf grössere Dauer ausgerichteten glaubwürdigeren Eindruck machen.

Die USA sehen sich wachsenden Energieproblemen gegenüber. Carter hat grosse Schwierigkeiten, die von dieser Seite drohenden Gefahren

einer immer noch sorglosen Bevölkerung ins Bewusstsein zu rufen und das Energieproblem mit gesetzgeberischen Massnahmen in den Griff zu bekommen. Zwar ist im Oktober vom Kongress ein Energiespargesetz verabschiedet worden; aber wichtige Elemente sind aus dieser Gesetzgebung wieder herausgestrichen worden. Der Anreiz für eine stärkere Nutzung der im Innern der USA liegenden Öl- und Erdgasreserven ist nach wie vor allzu gering. Mit akuten Schwierigkeiten der Marktversorgung muss jederzeit gerechnet werden, vor allem beim Benzin. Eine Versorgungskrise in Kalifornien hat dies im Frühjahr 1979 penibel der Öffentlichkeit vor Augen geführt.

Im übrigen hat die Energiedebatte auf Grund eines dramatischen Ereignisses im Bereich der Atomenergie eine neue Akzentuierung erhalten. Ein Kernkraftwerk in der Nähe von Harrisburg (Pennsylvania) hat den grössten und gefährlichsten Betriebsunfall produziert, den die Atominustrie bis jetzt in der Welt je erlebt hat. Auf Grund von Defekten und menschlichen Fehlleistungen bildete sich im Innern des Werks eine Gasblase, die während einiger Tage eine Explosion mit der Freisetzung von grösseren Mengen radioaktiven Dampfs, ja sogar die Schmelzung des Reaktorkerns befürchten liess. Vorsorglicherweise wurden erste Evakuierungen eingeleitet. Die Gefahr einer grossen Katastrophe konnte durch entsprechende Sicherheitsmassnahmen allerdings noch rechtzeitig gebannt werden, so dass keine Personen zu Schaden gekommen sind. Das weitere Schicksal des vom Betriebsunfall heimgesuchten Werks bei Harrisburg ist noch ungewiss. Zum Zweck einer Überprüfung der Sicherheit sind nach diesem Unfall einige ähnlich konzipierte Kernkraftwerke in den USA vorübergehend ausser Betrieb gesetzt worden. Die mit der Nutzung der Kernkraft verbundenen Risiken werden seither überall in der Welt als doch grösser betrachtet als zuvor angenommen. Der Energiebedarf ist indessen allenthalben so stark angewachsen oder noch im Wachsen, dass bis zu jenem Zeitpunkt, da alternative Energien in ausreichendem Masse zur Verfügung gestellt werden können, auf Kernkraftwerke nicht verzichtet werden kann. Dies



*Von 44 auf 46 Mitglieder gewachsen:
Der Ständerat vergrössert sich*

Durch die Gründung des Kantons Jura erhöht sich die Zahl der Ständeräte um zwei: für die beiden jurassischen Ständeräte wird hier das neue Pult gezimmert.

Photo Hansueli Trachsler, Bern

wird um so weniger möglich sein, als die Ersatzung des überaus grossen Anteils an Erdöl an der Gesamtenergiebilanz schon in wenigen Jahren zeitlich dringlich wird, weil die Reserven im Begriff stehen, schon bald erschöpft zu werden.

Auf dem Gebiet der Aussenpolitik hat Carter den Zusammenhalt der USA mit den Verbündeten über den Atlantik hinweg durch persönliche Kontakte und ein Gipfeltreffen in der Karibik gestärkt. Die Nato, nachdem sie nun 30 Jahre alt geworden ist, soll konsolidiert und militärisch schlagkräftiger gemacht werden. Der Oberkommandierende der Nato, der amerikanische General Haig, hat demissioniert und wird durch einen Nicht-Amerikaner ersetzt. Die Beziehungen zu Japan haben im vergangenen Jahr, vor allem wegen handelspolitischer Meinungsverschiedenheiten, eine Krise durchgemacht. Hingegen verbesserten sich die Beziehungen zu China laufend. Vor Weihnachten sind überraschend die diplomatischen Beziehungen mit Peking wieder aufgenommen worden, wobei allerdings die USA de jure von Taiwan abrücken mussten. Teng Hsiao-ping hat die USA besucht. Die USA lassen sich aber von dessen Polemik gegen die UdSSR nicht beirren und hielten die Kontakte zu Moskau aufrecht. Obschon diese merklich kühler geworden sind, befleissigen sich beide Supermächte fortwährend eines bemerkenswerten internationalen «Krisenmanagements» in gegenseitiger Abstimmung. Die Einigung über eine Beschränkung strategischer Waffen (SALT II) ist nun wider Erwarten zustandegekommen. Am Ende der Berichtsperiode steht man vor der Möglichkeit eines Zusammentreffens zwischen



Am 24. September 1978

Die Schweiz hat einen neuen Kanton
stimmte das Schweizer Volk mit überwältigendem Mehr der Gründung des Kantons Jura zu.
Photopress-Bilderdienst, Zürich

Carter und Breschnew. Die Kampagne für die Menschenrechte hat einige bescheidene Erfolge zu verzeichnen. Ein Besuch Carters beim mexikanischen Präsidenten Portillo ist nicht eben glücklich verlaufen, hat aber die Beziehungen zum südlichen Nachbarn nicht verschlechtert. Die auf der Halbinsel Yukatan gefundenen, riesigen Erdöllager geben Mexiko eine neue Bedeutung, auch in seinen Beziehungen zu den USA.

* * *

Blicken wir nun auf die Schweiz. In wirtschaftlicher Beziehung zeigte sich gegenüber dem Einbruch der stärksten Rezession der Nachkriegszeit nunmehr eine gewisse Erholung ab, die aber nicht allen Sektoren des Wirtschaftslebens in gleichem Masse zuteil wurde. Die Rezession hat strukturelle Schwierigkeiten auf den Plan gerufen, denen durch Anpassungen verschiedener Art an die ziemlich abrupt veränderten Verhältnisse begegnet werden muss. Im ersten Teil des

Berichtsjahres waren die Aussichten stark verdüstert durch einen ausser Rand und Band geratenen Höhenflug des Schweizerfrankens, der namentlich im Verhältnis zur D-Mark und zum Dollar beängstigend geworden war. Den Massnahmen der Nationalbank zur Verbesserung dieser vor allem für die Exportindustrie alarmierenden Währungssituation war zunächst nur beschränkter Erfolg beschieden. Es bedurfte energetischer und zwischen den Nationalbanken von Japan, der Bundesrepublik und der Schweiz mit den USA abgestimmter gemeinsamer Stützungsmaßnahmen, um die katastrophale Baisse des Vertrauens in den Dollar zu überwinden. Auch für den Fremdenverkehr ist es von ausschlaggebender Bedeutung, dass Ferienaufenthalte in der Schweiz für Ausländer erschwinglich bleiben. Die Wechselkurse sind am Ende der Berichtsperiode zwar deutlich besser geworden gegenüber ihrem Tiefpunkt im Spätsommer 1978; aber sie sind noch weit davon entfernt, die ernsten Sorgen der Wirtschaft zu beseitigen. Glücklicherweise ist die Teuerungsrate bescheiden geblieben. Sie betrug zwischen 0,8 und 2,6%. Die neuerdings festzustellenden Teuerungsimpulse sind in erster Linie auf die stark gestiegenen Brenn- und Treibstoffpreise zurückzuführen. Wegen der Valutainterventionen der Nationalbank ist aber auch das geldmengenmässige Inflationspotential inzwischen beträchtlich geworden. Dieses hat sich aber bis jetzt praktisch noch nicht ausgewirkt. Das reale Wirtschaftswachstum ist wieder im Steigen begriffen.

Die Überwindung der Rezession bedeutet eine Entlastung der Bundesfinanzen, weil auf weitere kostspielige Konjunkturstützungs oder -ankurbelungsmassnahmen verzichtet werden kann. Die Bundesfinanzen sind aber nichtsdestoweniger weit davon entfernt, im Gleichgewicht zu sein. Der relativ günstige Abschluss der Staatsrechnung 1978 hat zwar das Jahresdefizit des Bundes unter die Schwelle von einer Milliarde gedrückt und gegenüber dem Voranschlag gute Figur gemacht. Aber es handelt sich um ein einmaliges Zusammentreffen mehrerer günstiger Faktoren; es ist inskünftig mit Fehlbeträgen von weit mehr als einer Milliarde zu rechnen, wenn nicht entsprechende Remedur geschaffen wird!

Die Bestrebungen, die Bundesfinanzen zu sanieren, scheinen indessen unter einem Unstern zu stehen. Am 12. Juni 1977 hatte der Souverän ein erstes Finanzpaket beschlossen, obschon alle vier «Bundesratsparteien» sich für dessen Annahme eingesetzt hatten. Ein zweiter Versuch scheiterte nun, weil die Sozialdemokraten aus der gemeinsamen Phalanx ausscherten und die verbreitete Gegnerschaft gegen eine Mehrwertsteuer im bürgerlichen Lager mit einer Reduktion des vorgesehenen Satzes auf 8% (bzw. während der ersten beiden Jahre sogar auf 7%) nicht aus dem Feld geschlagen werden konnte. In der Volksabstimmung vom 20. Mai erlitt das zweite Finanzpaket das gleiche Schicksal wie zwei Jahre zuvor der erste Sanierungsversuch! Das Fazit dieser Abstimmung ist, dass von einer Einführung der Mehrwertsteuer während vieler Jahre nicht mehr gesprochen werden kann, und ferner, dass eine Entlastung der Bundesfinanzen, die weiterhin dringend geboten ist, auf anderen Wegen gesucht werden muss. Es liegt nahe, statt einer Erhöhung der Steuereinnahmen eine weitergehende Drosselung der Ausgaben ins Auge zu fassen, die vermutlich vor allem noch bei den Subventionen und den Zahlungen an die Kantone und weniger im Bereich der bundeseigenen Aufgaben realisiert werden könnte.

Grosse Sorgen machen die Defizite der SBB, die trotz den bisherigen Anstrengungen der Geschäftsleitung auf dem sehr hohen Niveau von 600–800 Mio. pro Jahr stehen bleiben. Auf der anderen Seite arbeiten die PTT gegenwärtig mit Rekordüberschüssen, die aber nicht in dem von der Bundesverfassung vorgesehenen Ausmass an die Bundeskasse abgeliefert werden, weil zwei riesige Reservesfonds angelegt werden sollen. An die Bundeskasse wurden für 1978 lediglich 150 Mio. abgeliefert, was weniger als die Hälfte der wirklich erzielten Gewinne darstellt! Ungünstige Aussichten zeichnen sich bei der Exportrisikogarantie des Bundes ab, deren Rückstellungs-fonds dank stark vermehrter Schadenzahlungen nun rasch dahinzuschmelzen beginnt. Eine direkte Belastung des Bundes ist zu erwarten, wenn der Fonds aufgezehrt ist und der Bund selber Gelder einschiessen müsste. Eine ungünstige Entwicklung verzeichnet auch die AHV, indem

für 1977 ein Defizit von 642 Mio. ausgewiesen werden musste.

* * *

Das politisch spektakulärste Ereignis des Berichtsjahres war die Volksabstimmung über die Gründung eines Kantons Jura und dessen Aufnahme in den Bund. Dieser Abstimmung wurde seitens des Bundesrats so grosse Bedeutung zugeschrieben, dass am 24. September nur über diese eine Frage vom Souverän zu entscheiden war. Mit einem überwältigenden Mehr von 1310000 Ja-Stimmen gegen nur rund 282000 Nein-Stimmen haben sämtliche Stände dem nunmehr 23. Stand der Eidgenossenschaft zugestimmt. Selbst der Kanton Bern, der etwelche Gründe hatte, mit der Entwicklung der Dinge im Jura nicht zufrieden zu sein, hat mit annähernd 70% der abgegebenen Stimmen dem neuen Kanton klar das Plazet erteilt. Damit ist die staatsrechtliche Frage des Jura über alle Stufen hinweg gelöst. Eine Reihe von praktischen, finanziellen und administrativen Fragen nimmt allerdings noch eine längere Übergangszeit in Anspruch.

Im November wurde im Kanton Jura das kantonale Parlament gewählt, wobei sich eine Sitzverteilung wie folgt ergab: CVP 21 Sitze, FDP 14, SP 11, CSP 8, Reformfreisinnige 3, PdA 2, SVP 1. Nicht dieser Sitzverteilung entsprechend ist die Bestellung der ersten Regierung des Kantons Jura ausgefallen: Das Rasselement jurassien (RJ) machte seinen politischen Einfluss dahingehend geltend, dass die Freisinnigen für ihre (anfänglich) antiseparatistische Haltung durch Ausschluss aus der Regierung «bestraft» werden sollten. Das Regierungskollegium ist



Grosse Wehrschau in der Stadt Zürich

Diese Armeevorführungen durch die Felddivision 6 wurden aus Linkskreisen sehr kritisiert, brachten aber einen grossen Erfolg für die Truppen und ihre Demonstrationen: über 300000 Zuschauer und Besucher zeugten von der Verbundenheit zwischen Bevölkerung und Armee in unserem Land.

Photopress-Bilderdienst, Zürich

deshalb für die Parteienstärke im neuen Kanton nicht repräsentativ. Es stellt sich folgendermassen zusammen: F. Lachat (CVP), Pierre Boillat (CVP), J.-P. Beuret (CSP), F. Mertenat (SP), Roger Jardin (reformfreis.). Als Ständeräte fungieren für den neuen Kanton Roger Schaffter (CVP) und Pierre Gassmann (SP). Trotz dieser bemerkenswerten politischen Aufbauarbeit auf dem gesetzlichen und institutionellen Gebiet scheint die Jura-Frage noch nicht zur Ruhe zu kommen. Der Volksentscheid des Südjura, beim Kanton Bern bleiben zu wollen, wird von den Kreisen um das RJ nach wie vor nicht akzeptiert. Durch den Anspruch auf den heutigen Berner Jura droht die Konfrontation mit dem Kanton Bern zu einer Konfrontation mit dem Bund zu werden.

* * *

Weniger spektakulär, aber von ebenfalls grosser längerfristiger Bedeutung dürften die Arbei-

ten sein, welche unter der Leitung von Michael Kohn die Kommission für die Gesamtenergiekonzeption (GEK) während mehrerer Jahre geleistet und am 19. Dezember in Form eines rund 1700 Seiten umfassenden Schlussberichtes der Öffentlichkeit unterbreitet hat. Es handelt sich um eine gründliche und sehr umfassende Abklärung der Energiesituation in Gegenwart und Zukunft, wobei nicht weniger als 13 verschiedene «Szenarien» des voraussichtlichen Verlaufs der Entwicklung, unter verschiedenen Annahmen in bezug auf Lenkungsmassnahmen, aufgestellt und in ihren Konsequenzen dargestellt worden sind. Da das Erdöl stetig knapper wird, kommt der Ersetzung dieses Energieträgers grösste Bedeutung zu. Gleichzeitig aber wird der Energiebedarf voraussichtlich weiter zunehmen. Bei der Elektrizität wird bis zum Jahre 2000 mit einer Bedarfszunahme um nicht weniger als 96% gerechnet; das macht den Bau von drei weiteren Kernkraftwerken bis 1995 notwendig, da andere Energieträger in diesem Zeitraum nicht in hinreichender Menge zur Verfügung stehen können. Bis zum Jahre 2000 sollen sich die Energieträger in ihrer prozentualen Beanspruchung in der Schweiz ziemlich drastisch anders verteilen als heute. Öl soll dannzumal nur noch 48% (statt 76,7%) in Anspruch nehmen, Gas aber 13,3% (statt 3,3%), Kernkraft 13,1% (statt 3%), Wasserkraft 12,3% (statt 13,3%), Kohle 4,3% (statt 1,6%), Holz 2,9% (statt 1,3%), Müllverwertung 1,3% (statt 0,8%); dazu wird mit «neuen» Energien gerechnet, und zwar Sonnenenergie 2,2%, Umgebungswärme 1,2%, Erdwärme und Biogas je 0,7%.

Das von der GEK empfohlene Szenarium macht Investitionen von weit über 100 Milliarden Franken nötig sowie gesetzliche Vorschriften, einen Energieartikel in der Bundesverfassung und eine Energiesteuer von 6%. Die Diskussion ist zögernd in Gang gekommen, wobei zunächst die Frage der Bundeskompetenzen (Energieartikel) die Gemüter erhitzte. Die nach wie vor heftige Auseinandersetzung über die Kernkraftnutzung droht das Interesse an den Ergebnissen der Arbeiten der GEK einseitig auf diese eine Frage zu konzentrieren, obschon sie nur eine von vielen ist, die entschieden werden

müssen. In je einer Volksabstimmung wurde die sogenannte Atomverbots-Initiative verworfen, dafür aber die Teilrevision des Atomgesetzes, die das Bewilligungsverfahren für Kernkraftwerke neu regelt und schärfere Sicherheitsmassnahmen vorsieht, gutgeheissen. Aus den Stimmenzahlen lässt sich herauslesen, dass die Skepsis gegen die Kernkraft zugenommen hat. Es liegt heute im Bereich des Möglichen, dass das KKW Kaiser-augst letzten Endes nicht gebaut wird, und zwar wegen des regionalen Widerstandes einerseits, wegen des drohenden Aufschubs der Bewilligungserteilung anderseits.

* * *

Ausser den bereits erwähnten Volksentscheiden des Jahres ist noch über die Vorlage einer Bundessicherheitspolizei (Busipo) entschieden worden, die dem Bund eine nach dem Baukastensystem aus kantonalen Kontingenten auf Abruf zusammenzustellende eigene Polizei hätte zur Verfügung stellen sollen. Die Verwerfung durch das Ständemehr war deutlicher als diejenige durch das Stimmenmehr. Nicht weniger als 18 Stände haben die Busipo abgelehnt, aber nur 56% der Stimmenden. Das Verdikt war eine Manifestation gegen zentralistische Tendenzen; das deutliche Abflauen der Bedrohung durch den internationalen Terrorismus mag ebenfalls stark ins Gewicht gefallen sein. Angenommen wurden hingegen das neue Tierschutzgesetz, der Milchwirtschaftsbeschluss, das Berufsbildungsgesetz sowie auch eine Initiative über Wanderwege.

* * *

Das Parlament hatte sich 1978 sehr eingehend mit dem Bericht der Untersuchungskommission Fischer (SVP, Thurgau) über die Furka-Affäre zu befassen. Es kamen unzulängliche Vorabklärungen, Fehlentscheide, planwidrige Abänderungen des Projekts und eine ungenügende Information des Parlaments zum Vorschein. Die enormen Kostenüberschreitungen sind allerdings zu einem Teil nicht vorhersehbaren, ungünstigen geologischen Verhältnissen zuzuschreiben. Ursprünglich rechnete das Budget für

den Furka-Tunnel unter Bundesrat Bonvin mit Gesamtkosten von nur 74 Mio.; alles in allem haben sich diese Kosten bis zum Frühjahr 1979, als noch einmal zusätzliche Kostenüberschreitungen zu behandeln waren, bis auf 292 Mio. erhöht! Trotz der neuen «Hiobsbotschaft» wurde beschlossen, die Bauarbeiten fortzusetzen; eine Einstellung der Arbeiten in diesem Stadium hätte eine gigantische Bauruine in Form von zwei Stollen übrig gelassen. Die Zusatzkredite werden erst später gesprochen. Der Furka-Tunnel ist zu einem Ärgernis geworden, das an einen Skandal grenzt. Strafrechtlich relevante Sachverhalte sind allerdings nicht zu Tage getreten; es handelt sich um Verantwortlichkeiten mit allenfalls zivilrechtlichen Folgen.

* * *

In der Wintersession der eidgenössischen Räte sind Bundesrat Hans Hürlimann zum Bundespräsidenten für 1979 und Dr. Harald Huber zum Präsidenten des Bundesgerichts gewählt worden. Das Bundesgericht zählt nunmehr 30 Mitglieder. Der Tessiner Luigi Generali (freis.) wurde Präsident des Nationalrates, Ulrich Luder (freis.) aus Solothurn Präsident des Ständerats. An der Armeespitze gab es zwei wichtige Mutationen. Durch den demonstrativen Rücktritt von Korpskommandant Reichlin wegen teils konzeptueller, teils persönlicher Differenzen ist das Kommando des Gebirgsarmeekorps 3 vakant geworden; der Tessiner Enrico Franchini ist zum neuen Kommandanten dieses Gebirgsarmeekorps ernannt worden. Auch im Kommando des



Erfolgreiche Schweizer im alpinen Skisport

Peter Lüscher (Dritter von rechts) gewann die Gesamtwertung im Skiweltcup 1978/79. Links neben ihm Peter Müller, welcher den Abfahrtsweltcup 1978/79 an sich brachte.
Photopress-Bilderdienst, Zürich

Feldarmeekorps 1 fand ein Wechsel statt: Korpskommandant Olivier Pittet ist aus Altersgründen zurückgetreten und durch Korpskommandant Edwin Stettler ersetzt worden.

* * *

Blicken wir zuletzt noch auf den *Kanton Bern*. Noch einmal nahm hier das Juraproblem viel Aufmerksamkeit in Anspruch. Regierung und Bevölkerung sahen der eidgenössischen Volksabstimmung über die Änderung von zwei Artikeln der Bundesverfassung zur Kantsgründung mit einer gewissen Gelassenheit entgegen. Die Würfel waren psychologisch und staatsrechtlich im Kanton Bern bereits zuvor gefallen. Nur im Südjura, der mit grossem Mehr seine Treue zum alten Kanton zum Ausdruck gebracht hat, gingen die emotionellen Wogen noch hoch, weil er die Hauptbürde der direkten Konfrontation mit dem jurassischen Separatismus getragen hat und trägt. Der Ausgang der Ab-



Regierungsrat Dr. Ernst Jaberg zurückgetreten

Seit 1966 leitete er die kantonale Justizdirektion; auch als Präsident der Juradelegation der Berner Regierung ist er besonders hervorgetreten.

Photo Greti Oechsli, Bern

stimmung wurde von vielen Bernern mit einem gewissen Gefühl der Erleichterung registriert. Manche Berner im alten Kantonsteil haben ein «Ja» in die Urnen gelegt, obschon sie im Grunde genommen den Separatisten wegen der von ihnen angewandten Methoden im Kampf um die Sezession den Triumph nicht gönnten. Es war ein «Ja» der Vernunft. Man gab sich aber insbesondere im Kanton Bern – vielleicht im Gegensatz zu anderen Kantonen – nicht der Illusion hin, dass die Kantonsgründung die jurassischen Separatisten wirklich zufriedenstellen und zu einer besonneneren Politik bewegen werde.

Die Erklärungen, die nach dem Bekanntwerden des Abstimmungsresultats seitens der Führer des «Rassemblement jurassien» (RJ) hinsichtlich einer «Wiedervereinigung» mit dem Südjura abgegeben worden sind, haben denn

auch diese Befürchtungen vollauf bestätigt. Mit Empörung ist auch die Rede eines in den Nationalrat nachrückenden neuen bernischen Volksvertreters aus Moutier, der zur Führungsgarnitur des RJ gehört, quittiert worden, der die Legitimität des bernischen Verfassungszusatzes und der kantonalen Kaskadenabstimmungen betreffend das Schicksal des Jura in Abrede stellte. In beiden Fällen reagierte Bundesrat Furgler prompt und klar mit einer scharfen Replik vor dem Nationalrat. Béguelin forderte eine Entschuldigung Furglers, welche dieser indessen, vom Gesamtbundesrat unterstützt, nicht zu geben bereit war. Dieser Zusammenprall führte direkt zur Absage der Gründungsfeier in Delsberg, die auf den 11. Mai festgelegt worden war. Wegen der vom RJ in Aussicht gestellten «möglichen Ausschreitungen» anlässlich dieser Feier kapitulierte die jurassische Regierung und sagte sie kurzfristig ab. Die knappen und zum Teil ungenügend ausgebildeten Polizeikräfte des neuen Kantons hätten es kaum gestattet, Ruhe und Ordnung und einen geordneten Verlauf der Feier zu gewährleisten. Béguelin und das RJ haben einmal mehr mit ihrer Taktik der Drohungen ein von ihnen gewünschtes Ziel erreicht. Sie haben damit eine noch nicht absehbare Konfrontation mit Bund und Landesregierung eingeleitet, die möglicherweise wenig Gutes verheisst.

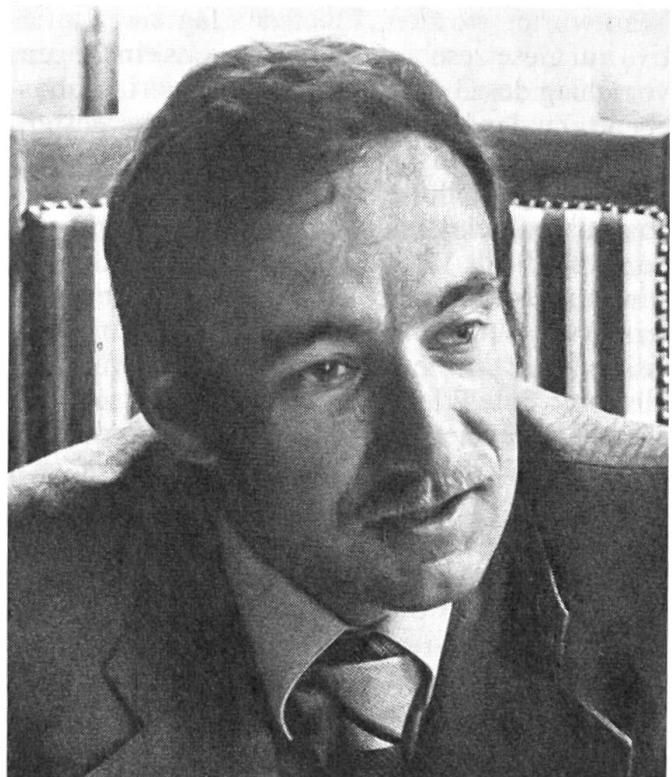
Auf der anderen Seite sind die berntreuen Kräfte im Berner Jura im Verlauf des Jahres stärker organisiert und zusammengefasst worden. Um gegen neue Herausforderungen gewappnet zu sein und gleichzeitig den Berner Jura noch besser in den Kanton zu integrieren, ist ein Gemeindeverband gegründet worden. Die Entschlossenheit zur Abwehr neuer separatistischer Umtriebe im Südjura hat sich auf Grund vieler Provokationen durch die Separatisten verstärkt. Dieser schweren, politischen Scharmützel ungeachtet ist der Aufbau der Staatsorganisation und der Institutionen des neuen Kantons Jura programmgemäß vorangeschritten. Nach einer provisorischen Abmachung zwischen Bund, bernischer Regierung und dem jurassischen Verfassungsrat unmittelbar vor dem 24. September über den Übergang der Staatshoheit sind am 21. Dezember über hundert Verträge zwischen

Bundesrat, bernischer und jurassischer Regierung zustandegekommen, die den Übergang der Souveränität mit allen Einzelheiten definitiv regeln, darunter auch Abmachungen über die Vermögensteilung und das Steueraufkommen. Der Kanton Bern leistet dem neuen Kanton noch gewisse Dienste gegen Bezahlung des Aufwands, um einen Übergang aller Staatsfunktionen lückenlos und reibungslos zu gewährleisten. Auf Jahresende sind die 13 Grossräte aus dem Nordjura aus dem bernischen Parlament ausgeschieden.

Regierungsrat Ernst Jaberg hat am 25. September seinen Rücktritt aus der bernischen Regierung angekündigt, nach dem er als Präsident der bernischen Juradelegation einen bemerkenswerten persönlichen Beitrag zum Gelingen der Abtrennung des Nordjura geleistet hat. Zu seinem Nachfolger ist Peter Schmid, bisher Sekretär der SVP, gewählt worden.

* * *

Der Kanton Bern hat beschlossen, inskünftig zum System der Volkswahl der beiden Standesvertreter überzugehen. Beide Vertreter Berns im Ständerat sind zurückgetreten, so dass in der Volkswahl vom Herbst 1979 zwei neue Ständerherren zu erküren sind. An Stelle von Maurice Péquignot (FDP) und Fritz Krauchthaler (SVP) sind als Kandidaten einerseits das Duo von Gerber (SVP) und Hänsenberger (FDP), andererseits der Stadtpräsident von Bern, Tschäppät (SP), nominiert worden. Im Rahmen der Wirtschaftsförderungspläne Berns ist im Sommer 1978 vom kantonalen Planungsamt ein Inventar über die mögliche Ansiedlung von Industriebetrieben im Kanton Bern veröffentlicht worden; von zwei Professoren ist eine Studie vorgelegt worden, die sich über «Lage und Entwicklungsaussichten der bernischen Volkswirtschaft» ausspricht. Die Wirtschaftsförderung wird um so bedeutungsvoller, als im Verlauf des Jahres wiederum zwei grössere Industriebetriebe in Schwierigkeiten gekommen sind. Die Firma Selve in Thun wurde durch den Financier Rey übernommen. In der Novembersession hat der Grosse Rat beschlos-



Der neue bernische Regierungsrat: Peter Schmid
Dank seiner bisherigen Tätigkeit als Zentralsekretär der Schweizerischen Volkspartei (SVP) bringt er viel Erfahrung in seine neue politische Tätigkeit mit.

Photo Hansueli Trachsel, Bern

sen, einen Steuerrabatt zu gewähren. Die bernischen Steuern sind im schweizerischen Vergleich verhältnismässig hoch, so dass sich eine Angleichung an das Mittel aufdrängt, um den Kanton Bern als Steuerdomizil attraktiver zu machen. Das Kantonsbudget für 1979 rechnet dessen ungeachtet mit einem Defizit von 67 Mio. Franken.

* * *

Auf der politischen Ebene sind im Berichtsjahr im Kanton Bern eine grössere Zahl von Sachfragen entschieden worden. Ein neues Lufthygiene-Gesetz ist in Kraft getreten, das vor allem eine strenge Kontrolle der Ölheizungen vorsieht. Die Frage, ob ein Ombudsmann geschaffen werden soll, ist im ablehnenden Sinn vom Volk

beantwortet worden. Einerseits lag eine Initiative auf Gesetzesebene vor, andererseits ein Gegenvorschlag des Grossen Rats auf der Verfassungsebene. Zu den beiden einander gegenübergestellten Vorlagen musste der Souverän im gleichen Urnengang Stellung beziehen. Es ist möglich, dass das ablehnende Abstimmungsergebnis in bezug auf beide Vorlagen auf den bernischen Abstimmungsmodus zurückzuführen ist, der bei alternativen Vorlagen ein zweifaches Ja für unzulässig erklärt. Eine Initiative für die Einführung kleinerer Schulklassen, die von gewerkschaftlicher Seite lanciert worden war, ist knapp abgelehnt worden. Die Primarlehrer müssen sich neuerdings einer fünfjährigen (statt bisher nur einer vierjährigen) Ausbildung unterziehen; dies hat der Grosses Rat beschlossen.

Schliesslich ist noch ein neues Gesetz erwähnenswert, das sich auf die Mitwirkungsrechte der Minderheiten im Berner Jura und im Laufental bezieht. Diese beiden Regionen haben ein «Regionalparlament» zugestanden erhalten, das indessen nur konsultative und keine gesetzgeberischen Kompetenzen hat. Wichtig ist, dass von dieser neuen Institution Anträge an den Grossen Rat gestellt werden können – analog dem Antragsrecht, das jeder einzelne Parlamentarier hat! Das Problem der Kantonzugehörigkeit des Laufentals, das seit der Gründung des Kantons Jura zu einer bernischen Exklave geworden ist, ist noch offen. Das Laufental kann sich frei entscheiden, ob es inskünftig weiterhin dem Kanton Bern angehören oder aber sich einem aufnahmewilligen Nachbarkanton anschliessen will. Basel-Stadt, Basel-Land und Solothurn haben verschieden weit gehende «Offerten» ausgearbeitet bzw. ihre Bereitwilligkeit zu einem Anschluss des Laufentals kundgetan.

* * *

Im Berichtsjahr sind im Gebiet des Kantons Bern wiederum einige Sprengstoffanschläge verübt worden, die allerdings glücklicherweise glimpflich abgelaufen sind, d.h. keinen Personenschaden gestiftet haben. Die beiden in Fahy im Pruntruter Zipfel gestellten, gewalttätigen Terroristen Gabriele Kröcher-Tiedemann und Chri-

stian Möller sind für ihre Verbrechen zu langjährigen Zuchthausstrafen verurteilt worden und sitzen jetzt ihre Strafe in einer ausserkantonalen Strafanstalt ab. In dem in Pruntrut abgehaltenen Prozess haben 4 Anwälte aus Zürich, welche die Verteidigung der angeklagten Terroristen versahen, eine recht sonderbare Rolle gespielt: Sie haben u.a. während dem Prozess demonstrativ den Gerichtssaal verlassen und durch polemische Erklärungen an einer Pressekonferenz in das hängige Verfahren eingegriffen. Die bernische Anwaltskammer hat den Betreffenden nachträglich die Zulassung zu bernischen Gerichten als Sanktion für dieses mit den Regeln der Vertretung vor Gericht in Widerspruch stehende Verhalten entzogen.

Eine eher humoristisch zu nehmende Angelegenheit war demgegenüber die Frage, ob im Marzili-Bad in Bern bzw. in bernischen Badeanstalten von Frauen mit entblösstem Oberkörper gebadet werden dürfe. Über diese «Sittenfrage» soll nun in einer Volksabstimmung in letzter Instanz entschieden werden. Der Widerstand gegen «oben ohne» ist unter anderem in kirchlichen Kreisen beträchtlich. Die grosse Zahl von Leserbriefen zu diesem Thema in bernischen Zeitungen zeigt, mit welchem Eifer für und gegen diese «neue Mode» Stellung bezogen wird.

Hans Rudolf Böckli

Schwere Erkrankung

Ein sehr reicher eingebildeter Kranker liess mitten in der Nacht seinen Arzt kommen. Der Doktor untersuchte den Patienten, blickte ernst drein und sagte:

«Haben Sie schon ihr Testament gemacht?»

«Steht es so schlimm?» rief der reiche Mann erschrocken.

«Lassen Sie einen Notar und den Pfarrer rufen!»

«So dringend ist es?» stammelte der andere.

«Ja, so dringend ist es!» erwiderte der Doktor.

«Ich möchte nämlich nicht der einzige Dumme sein, den Sie heute nacht unnütz geweckt haben!»